15.01.88

## Übersicht 5

des Rechtsausschusses (6. Ausschuß)

über die dem Deutschen Bundestag zugeleiteten Streitsachen vor dem Bundesverfassungsgericht

#### A. Problem

Die in der Übersicht zusammengestellten Verfassungsstreitsachen sind dem Deutschen Bundestag vom Bundesverfassungsgericht zugeleitet worden.

Der Deutsche Bundestag hat in den Verfassungsgerichtsverfahren ein Recht zur Änderung bzw. zum Verfahrensbeitritt.

### B. Lösung

Der Rechtsausschuß empfiehlt mehrheitlich, von einer Äußerung oder einem Verfahrensbeitritt abzusehen.

### C. Alternativen

Mehrheitlich abgelehnt wurde der Antrag der Fraktion DIE GRÜ-NEN, daß der Deutsche Bundestag zu der Verfassungsstreitsache 2 BvR 742/87 (anliegende Übersicht lfd. Nr. 11/43) die Erklärung abgeben solle:

Die angegriffenen Entscheidungen haben die im Schriftsatz des Vertreters der Klägerin dargelegten Grundsätze bei der Auslegung und Anwendung der Vorschriften des § 5 Parteiengesetz nicht ausreichend berücksichtigt und dadurch die Beschwerdeführerin in ihrem Grundrecht aus Artikel 3 Abs. 1 und 3 i. V. m. Artikel 21 und Artikel 8 Abs. 1 GG verletzt.

### D. Kosten

Es entstehen keine Kosten.

### Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

von einer Äußerung oder einem Verfahrensbeitritt zu den nachstehend aufgeführten Streitsachen vor dem Bundesverfassungsgericht abzusehen.

Bonn, den 14. Januar 1988

### Der Rechtsausschuß

### Helmrich

Vorsitzender und Berichterstatter

## A. Aussetzungsbeschlüsse

Lfd. Nr.	Az. BVerfG Aussetzendes Gericht Beschlußdatum Aktenzeichen	Herbeiführung einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts darüber,			
11/44	1 BvL 36/87 Oberlandes- gericht Hamm 26. 6. 87 30 U 21/86	1. ob es mit Artikel 14 GG vereinbar ist, daß ein vor Inkrafttreten des Bundeskleingartengesetzes (BKleingG) vom 28. Februar 1983 (BGBl. I S. 210) von einem privaten Verpächter geschlossener und bis zu einem Zeitpunkt vor Inkrafttreten dieses Gesetzes befristeter Pachtvertrag über Kleingärten, die keine Dauerkleingärten sind, nach § 16 Abs. 3 BKleingG erst mit Ablauf des 31. März 1987 endet; bejahendenfalls:			
		2. ob es in diesem Fall mit Artikel 14 GG vereinbar ist, daß der Pachtvertrag gemäß § 16 Abs. 4 Satz 1 BKleingG dadurch auf unbestimmte Zeit weiter verlängert wird, daß die Gemeinde vor Ablauf der in § 16 Abs. 3 BKleingG bestimmten Frist einen Bebauungsplan aufstellt und darin die Pachtfläche für Dauerkleingärten festsetzt.			
		(Zum ebenfalls § 16 Abs. 3 BKleingG betreffenden Vorlagebeschluß des BGH — 1 BvL 15/85 — ist keine Stellungnahme abgegeben worden — BT-Drucksache 10/4725; 201. BT-Protokoll vom 27. Februar 1986. Das BVerfG weist ausdrücklich darauf hin, daß der nunmehr übersandte Vorlagebeschluß insofern weiterreiche, als er vorsorglich auch § 16 Abs. 4 Satz 1 BKleingG einbeziehe. Bei einer etwaigen Stellungnahme erscheine auch eine Äußerung zur Anwendbarkeit des § 40 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 1. Alt. BBauG [jetzt: § 40 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 1. Alt. BauGB] auf die in der Vorlagefrage angesprochene Fallgruppe wünschenwert.)			
11/45 11/46 11/47 11/48	1 BvL 4/87 1 BvL 5/87 1 BvL 6/87 1 BvL 7/87 Bundesfinanzhof 21. 10. 1986 u. 21. 5. 1987	ob § 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 8 des Einkommensteuergesetzes i. d. F. des Artikels 1 Ndes Gesetzes zur Änderung des Einkommensteuergesetzes und des Körperschsteuergesetzes vom 25. Juli 1984 (BGBl. I S. 1006) insoweit mit dem Grundge vereinbar ist, als er den auf die Abschöpfung des wirtschaftlichen Vorteils (Abs. 4 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten) entfallenden Teil der Geldbevom Abzug als Betriebsausgabe ausschließt.			
	VIII R 1/85 VIII R 194/84 VIII R 308/84 VIII R 311/84				
11/54	1 BvL 11/87 Verwaltungsgericht Frankfurt/M. 3. 12. 1986 u. 20. 5. 1987 III/3 E 1796/83	ob § 57 Abs. 1 Satz 1 und 2 Beamtenversorgungsgesetz in Verbindung mit § 4 Abs. 2 des Gesetzes zur Regelung von Härten im Versorgungsausgleich vom 21. Februar 1983 (BGBl. I S. 105) mit Artikel 33 Abs. 5 GG vereinbar ist.			
11/55	2 BvL 9/85 Verwaltungsgericht Düsseldorf 11. 6. 1985 14 K 1084/85	ob das Gesetz zum Abbau der Fehlsubventionierung und Mietverzerrung im Wohnungswesen (AFWoG) vom 22. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1523) mit Artikel 74 Nr. 18 GG vereinbar ist.  (Gemäß Plenarbeschluß in der 174. Sitzung, 10. Wahlperiode, vom 14. November 1985 — BT-Drucksache 10/3904 —, ist keine Stellungnahme abgegeben worden bzw. kein Beitritt beschlossen. — Das BVerfG gibt jetzt Gelegenheit, sich zur Stellungnahme der Landesregierung Nordrhein-Westfalen vom 20. Dezember 1985 zu äußern.)			

# B. Verfassungsbeschwerden

Lfd. Nr.	Az. BVerfG	Verfassungsbeschwerde				
11/41	1 BvR 343/86	des Herrn A. K., Berlin				
		gegen				
		a) den Beschluß des Oberlandesgerichts Hamm vom 3. Februar 1986 — 11 W 60/85 —				
		b) den Beschluß des Landgerichts Dortmund vom 29. März 1985 — 7 0 571/79 a —				
		betr. Prüfung der hinreichenden Erfolgsaussicht einer Klage bei der Entscheidung über die Bewilligung von Prozeßkostenhilfe (§ 114 ZPO)				
11/42	1 BvR 1237/85	des Herrn W. N., Emsdetten				
		gegen				
		a) das Urteil des Bundessozialgerichts vom 22. Mai 1985 — 12 RK 15/83 —				
		b) das Urteil des Sozialgerichts Münster vom 19. Januar 1982 — S 14 Kr 98/80 —				
		betr. Vereinbarkeit der gesetzlichen Bestimmungen über die Beitragssatzgestaltung der Krankenkassen, insofern diese unterschiedliche Beitragsbelastungen der Versicherten nicht verhindern, mit Artikel 3 GG				
11/43	2 BvR 742/87	der Landespartei "DIE GRÜNEN Baden-Württemberg", Stuttgart				
	4	gegen				
		a) die mit den Bescheiden vom 4. und 11. Mai 1987 erklärte Weigerung der Großen Kreisstadt Calw, der Beschwerdeführerin zur Durchführung ihrer Landesversammlung vom 22. bis 24. Mai 1987 in Calw die städtische Aula am Schießberg zu überlassen,				
		b) den diese Weigerung bestätigenden Beschluß des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg vom 20. Mai 1987 — I S 1278/87 —				
11/49	1 BvR 459/87	des Herrn G. S., Mainz				
		gegen				
		a) den Beschluß des Bundesfinanzhofs vom 6. März 1987 — VI B 124/86 —				
		b) das Urteil des Finanzgerichts Rheinland-Pfalz vom 11. Juni 1986 — 1 K 134/84 —				
		c) den Bescheid des Finanzamts Mainz vom 11. April 1984 (Einkommensteuer 1983) i. d. F. der Einspruchsentscheidung vom 21. Mai 1984				
		d) den Bescheid des Finanzamts Mainz vom 25. November 1985 (Einkommensteuer 1984) i. d. F. der Einspruchsentscheidung vom 11. April 1986				
	und					
11/50	1 BvR 467/87	der Frau M. E., Siegburg				
		gegen				
		a) den Beschluß des Bundesfinanzhofs vom 6. März 1987 — VI B 123/86 —				

Lfd. Nr.	Az. BVerfG	Verfassungsbeschwerde			
		b) das Urteil des Finanzgerichts Köln vom 28. Mai 1986 — IX K 175/84, IX K 349/85 —			
		c) den Bescheid des Finanzamts Siegburg vom 12. März 1984 (Lohnsteuer 1983) i. d. F. der Einspruchsentscheidung vom 8. Mai 1984			
		d) den Bescheid des Finanzamts Siegburg vom 15. März 1985 (Lohnsteuer 1984) i. d. F. der Einspruchsentscheidung vom 8. November 1985			
		und			
		mittelbar gegen			
		§ 19 Abs. 1 Nr. 2, § 22 Nr. 1 lit. a) Einkommensteuergesetz 1984			
		betr. unterschiedliche einkommensteuerliche Behandlung von beamtenrechtli- chen Ruhestandsbezügen und Sozialversicherungsrenten			
11/51	1 BvR 366/85	des Herrn G. S., Remscheid			
		gegen			
		den Beschluß des Bundesarbeitsgerichts vom 28. Februar 1985 – 2 AZR 323/84 –			
	und				
11/52	1 BvR 365/85	des Herrn B. L., Wuppertal			
		gegen			
		den Beschluß des Bundesarbeitsgerichts vom 28. Februar 1985  – 2 AZR 403/83 –			
		Gerügt wird der im Verfahren vor dem Bundesarbeitsgericht zu Lasten des Beschwerdeführers ergangene Aussetzungsbeschluß dahin gehend, daß der Rechtsstreit bis zum Inkrafttreten einer gesetzlichen Neuregelung für Arbeiter bei der Berechnung der verlängerten Kündigungsfristen für Arbeitgeberkündigungen nach § 622 Abs. 2 Satz 2, 2. Halbsatz BGB nicht entschieden wird.			
11/53	1 BvR 1010/87	des Herrn Dr. KL. H., Mörfelden-W.			
		gegen			
		das Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 7. April 1987 – 8 AZR 19/85 –			
		betr. Zahlung eines Aufschlages zur gezahlten Urlaubsvergütung sowie zur Jahreszuwendung			

. 

		•		